

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

14.3.1924 (No. 63)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amend,  
Karlsruhe

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3.— Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mal Höhe und ein Zielentgelt. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tauflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, zwangsweiser Verteilung und Kontostörungen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Wirtschaftliche Umschau

Das A und O der deutschen Politik und Wirtschaftspolitik wird die Erhaltung der Stabilität der deutschen Währung bleiben. Ganz populär gesagt: Das deutsche Volk steht vor der Frage, auszuhalten oder die Notensprengel aufs Neue zu füttern und binnen kurzem sich sein Grab zu graben. Reichsfinanzminister Dr. Luther hat dies erst am Dienstag im Reichstag wieder deutlich ausgesprochen und der badische Arbeitsminister Dr. Engler hat am gleichen Tag auf einer sozialdemokratischen Parteikonferenz in Kastatt das selbe gesagt, indem er Pressebefragungen zufolge ausführte, die Rentenmark könne nur gehalten werden, wenn Einnahmen und Ausgaben in Einklang gebracht werden. Wankte die Rentenmark, dann sei in vierzehn Tagen alles erledigt. Deshalb müsse den Beamten und Arbeitern gesagt werden, daß erst nach einer stabilen Verhütung ihre Lage gebessert werden kann. Nach Zunderziffern zu rechnen, bedeute eine neue Inflation, ein gegenseitiges Betrügen.

Unser Weg wird in der Tat noch lange an Abgründen vorbeiführen und ein Siedegedenken kann jeden Augenblick ein Abgleiten bedeuten, bei dem es schwerlich einen Halt gibt. Und deshalb kann der Ernst der Lage dem einzelnen Volksgenossen nicht eindringlich genug immer wieder ins Gewissen gerufen werden. In schlichten und eindringlichen Worten hat dies in der gestrigen letzten Sitzung dieses Reichstags nochmals der Reichskanzler getan. Möge der Schwall von Wahlphrasen, der nun über das deutsche Volk ergehen wird, den Wirklichkeitsinn der Mehrheit der Bevölkerung, der glücklicherweise noch immer vorhanden ist, nicht ertöten.

Die deutsche Handelsbilanz ist im Januar stark passiv geworden. Während die Einfuhr im Dezember einen Wert von 492 Millionen Goldmark hatte, belief sie sich im Januar auf 568 Millionen. Die Ausfuhr sank von 561 Millionen (Dezember) auf 431 Millionen, so daß sich ein Einfuhrüberschuß von 137 Millionen Goldmark ergibt. Zugegeben, daß infolge des „Lochs im Westen“ die deutsche Handelsbilanz kein ganz zuverlässiges Bild geben kann, daß überhaupt und ganz allgemein Handelsbilanzstatistiken täuschen können, weil sie u. a. den inländischen Export, die unsichtbare Ausfuhr (deutsche Kapitalerträge im Ausland, Auslandseinnahmen deutscher Schiffahrtsunternehmen usw.) nicht erfassen und dies namentlich für Monats- und Saisonbilanzen gilt, zugegeben, daß sich diese Januarziffern durch die besonders traurige Wirtschaftslage im letzten Vierteljahr 1923, also in den vorhergehenden Monaten erklären lassen, daß nun infolge der allmählichen Besserung auch wieder mit einer besseren Handelsbilanz zu rechnen ist, die Tatsache bleibt, daß die deutsche Ausfuhr einen starken Rückgang erfahren hat, daß ein erhebliches Mehr von deutschem Geld nach dem Ausland abfloß als für Ausfuhrwaren hereinkam.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die deutsche Wirtschaft heute dem blutarmen Körper eines Neonaleszenten gleicht und einen großen Abfluß ihres Lebenssaftes, des Kapitals nicht ertragen kann. Die Januarausfuhrstatistik zeigt ferner, daß gerade bei den hochwertigen Industrieprodukten ein besonders starker Rückgang der Ausfuhr zu verzeichnen ist, daß mehr als Dreiviertel des Rückgangs bei der Gruppe der Fertigwaren liegt und daß alle Zweige der Fertigwarenindustrie davon betroffen sind. Andererseits wissen wir, daß nur die deutsche Arbeit unser überfülltes Land weiter ernähren können wird, daß das deutsche Volk, soll es weiterleben und wieder gesund, auf die Steigerung des Exports, den man uns im Ausland zudem überall erschwert, angewiesen ist. Da die Januarstatistik ein starkes Anschwellen der Einfuhr gerade von Fertigwaren, auch Luxuswaren und Bekleidungsgegenständen zeigt, wird es sich nicht umgehen lassen, in geeigneter Weise auf eine Einschränkung solcher entbehrlichen Einfuhr hinzuwirken, was wir schon vor längerem als notwendig bezeichnet haben.

Eine Steigerung der Einfuhrziffern ist nur dann für die deutsche Wirtschaft zu ertragen und so dann wünschenswert, wenn mit ihr eine Steigerung der Ausfuhr Hand in Hand geht. Deutschland ist darauf angewiesen, Rohstoffe in großen Mengen vom Ausland zu importieren, sie zu Fertigwaren oder Halbprodukten zu verarbeiten und dann wieder auszuführen. Der dabei

erzielte Gewinn ist der Lohn für die deutsche Arbeit und muß auch dazu dienen, in welchem unser Export steigt, die Exportgewinne wird aber auch die inländische Kaufkraft erhöht, sie kommen also der deutschen Gesamtwirtschaft zugute.

Wir dürfen somit nur in dem Maß im Inland unsere Lebenshaltung verbessern, in welchem unser Export steigt, wir dürfen die eingeführten Rohstoffe im Inland stets nur in beschränktem Umfang konsumieren, d. h. wir müssen uns wieder zur Ordnung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse emporsparen und, wenn es sein muß, emporkümmern. Dazu werden wir eine strenge Kontrolle, eine strenge Kreditpolitik im Inland, deren Wirkung ein Knapphalten der inländischen Konsumfähigkeit nach Maßgabe dessen ist, was wir uns leisten dürfen, in Kauf nehmen müssen. Die Schwierigkeiten am Valutamarkt, die wir seit längerem als eine schwere Bedrohung erleben, liegen sicher auch darin — und das zeigen auch die oben mitgeteilten Ziffern der Januar-Handelsbilanz —, daß wir bereits wieder über unsere tatsächlichen Kräfte leben, d. h. daß wir nicht nur zuviel vom Ausland eingeführte Fertigwaren konsumieren, sondern daß wir auch die ausländischen Rohstoffe nicht in dem Maß dem Export als Fertigwaren usw. wieder zuführen, wie es unsere derzeitige Lage erfordert.

Wenn die deutsche Goldkreditbank ins Leben treten wird, wird eine strenge Kreditpolitik besonders notwendig sein. Es könnte sonst kommen, daß Auslandskredite in erheblichem Umfang aufgenommen und gewährt werden, aber infolge des Konsums der dadurch erhaltenen Rohstoffe im Innern die Devisen zur Abdeckung der Kredite fehlen. Dann würde die Goldkreditbank nicht eine Stütze, sondern ein Verderb für die deutsche Währung und eine Verführung und eine Versuchung. Hier wie überall dürfen wir nicht vergessen, daß uns nicht finanzpolitische Maßnahmen, sondern nur Arbeit und Produktion retten können. Es wird auf die zielbewußte und richtige Anwendung des neuen Hilfsmittels ankommen, das der deutschen Wirtschaft nun in absehbarer Zeit mit Auslandshilfe besichert wird.

Die deutsche Goldkreditbank, oder Golddiskontbank, wie ihr amtlicher Name nun ist, hat zwei Aufgaben: Finanzierung des Einfuhrbedarfs und Entlastung des Devisenmarkts. Dazu werden der Bank etwa 300 Millionen Goldmark ausländischen (englischen) Kapitals zur Verfügung stehen, ferner 100 Millionen Goldmark, die man aus deutschem Valutafondal heranzuziehen hofft und schließlich erhält die Bank auch das Recht zur Ausgabe von Noten in Höhe von 100 Millionen Goldmark, die jedoch kein Währungsgeld sind, sondern lediglich Devisenzertifikate, nicht auf deutsche Währung, sondern englische Pfund lauten, nur gegen ausländische Devisen abgegeben werden, dazu dienen sollen, den entsprechenden Betrag der in Deutschland umlaufende Devisen einzuziehen und deutsches Geld für Käufe im Ausland darzustellen.

Durch die Vermittlung der Bank werden der deutschen Wirtschaft also im ganzen etwa 500 Millionen Goldmark an Valutenkrediten zur Verfügung stehen. Sie wird bei vorsichtiger Kreditpolitik in der Lage sein, die der deutschen Währung drohenden Gefahren in erheblichem Umfang abzuwenden und den Devisenmarkt zu entlasten, wie auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht seinerzeit erklärt hat, daß bei dem Zustandekommen der Bank bis zur endgültigen deutschen Währungsreform, die bekanntlich mit Hilfe der geplanten Goldnotenbank erfolgen soll, die Rentenmark unter allen Umständen wird gehalten werden können.

Die Golddiskontbank wird eng an die Reichsbank angelehnt, mit der sie später, nach dem Schachtplan, völlig verschmolzen werden soll. Dadurch wird ihr Apparat in bescheidenen Grenzen gehalten. Verwaltung und Aufsichtsrat sind ganz in deutschen Händen.

Mit der Golddiskontbank wird ein weiterer Schritt zur Gesundung der deutschen Wirtschaft gemacht, der freilich nur dann endgültig in die Wege geleitet werden kann, wenn die Reparationsfrage eine Regelung findet, die Deutschland zu tragen imstande ist. Dann erst wird die deutsche Goldnotenbank zu verwirklichen sein, die jedoch auf keinen Fall ein bloßes Reparationsinstitut mit Internationalisierung und Finanzkontrolle werden darf.

An den Effektenbörsen hat sich die Lage ein wenig freundlicher gestaltet. Auf den Valutenbörsen zeigen sich aber als weiteres Übel, das unsere deutsche Währung schwer zu gefährden imstande ist, die Schwankungen der französischen Valuta, weil sie die deutsche Spekulationslust aneifern und so die deutschen Devisenmärkte belasten. Am gestrigen Donnerstag wurden auf dem Berliner Devisenmarkt Franken für nicht weniger als 80 Millionen Goldmark angefordert und der von Unverständigen dauernd lächerlich gemachte französische Franken konnte nur zu 2 Prozent zugekauft werden. Die Vorgänge am Devisenmarkt sind überhaupt recht unerfreulich. Weiter sind die Bedarfsmeldungen gestiegen und dürften jetzt die Summe von 300 Millionen Goldmark pro Tag erreichen, die natürlich bei weitem den berechtigten Inlandsbedarf übersteigt. Auch kann festgestellt werden, daß die Nachsichtigkeit der Reichsbank in bezug auf der Devisengesetzgebung trotz aller schönen Zusicherungen der Banken ihren Zweck offenbar nicht erreicht hat.

### Reichstagsauflösung

Der gestrige Donnerstag hat die angekündigte Reichstagsauflösung gebracht, die nicht auf einem eigentlichen Konflikt zwischen Regierung und Reichstag beruhte. Die Regierung konnte in einer Spezialberatung der von den Oppositionsparteien zur 3. Steuerreformgesetzgebung gestellten Anträge nicht einwilligen, und so mußte es automatisch zur Auflösung kommen. In Wirklichkeit ist dieser Reichstag an nichts anderem als an Überalterung gestorben, also einen natürlichen Tod.

Der Termin der Neuwahlen ist noch nicht bestimmt festgesetzt. Man kann aber aus der Berechnung mehrerer politischer und kirchlicher Momente schließen, daß es entweder der 4. oder der 11. Mai sein wird.

Reichskanzler Marx hat bescheiden und ernst noch vor dem Schluß die Wahlparole ausgegeben, die die einzige sein kann. Das deutsche Volk muß sich entscheiden, ob es in stiller, harter Arbeit zu Ordnung und Ruhe gelangen und das von den Fremden besetzte Gebiet am Rhein und Ruhr zurückzugewinnen will, oder ob es den Kampf der hofflosen Versprechungen und der billigen Schlagworte vorzieht. Dieser Weg der Vermunft und der Pflichten Erfüllung ist kein leichter und bequemere Weg, aber er wird schließlich doch zum Ziele führen.

### Sitzungsbericht

W. L. B. Berlin, 13. März

Beginn 12 Uhr mittags.  
Auf der Tagesordnung steht die zweite und dritte Beratung der Vorlage über

### die Golddiskontbank

Der Ausschuss hat den § 14 gestrichen, der den Zeichnern der Aktien Anwartschaft für Zuwiderhandlungen gegen die Kapitalfluchtgesetzgebung und wegen Nichtversteuerung solcher Kapitalien gewährt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Es handle sich keineswegs um eine Währungsbank.

Abg. Helfferich (D.-Nl.) beantragt im Gesetz die der Bank gegebene Befugnis zur Ausgabe von Noten zu streichen und die Satzungen der Bank von der Genehmigung der Reichsregierung abhängig zu machen. Der Redner erwidert um Aufklärung, ob tatsächlich die kleine Golddiskontbank die Einleitung zu der großen internationalen Goldnotenbank, die Deutschland unter internationaler Vormundschaft bringen werde, sei.

Abg. Dernburg (Dem.) weist die Ausführungen des Abg. Helfferich zurück und tritt für die Vorlage ein. Jetzt komme alles darauf an eine neue Inflation zu vermeiden.

Abg. Robert Schmidt (Soz.): Das Ziel müsse die Einführung der Goldwährung sein. Helfferich und seine Freunde haben früher alle Währungsreformen bekämpft mit der Begründung, erst müsse das Reparationsproblem gelöst sein. Die Börsenspekulation sei immer durch Helfferich geschont und gefördert worden.

Abg. Schlad (Ztr.): Die Ausführungen des Abg. Helfferich sind schon im Ausschuss gewogen und zu leicht befunden worden. Die Golddiskontbank bringt Deutschland ausländische Kredite, die auf andere Weise kaum zu erlangen wären.

Abg. Fröhlich (Komm.) bekämpft die Vorlage.  
Abg. Rauch (Bayr. Rp.) spricht den Wunsch aus, daß der Kreditsegen der neuen Bank nicht nur der Zentrale des Reiches zugute kommen möge.

Darauf werden die Anträge Helfferichs gegen die Deutschnationalen abgelehnt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm ersucht, die vom Ausschuss gestrichene Amnestiebestimmung für Kapitalverschleppungen und Steuerverfehlungen wieder herzustellen.

Die Wiederherstellung wird mit den Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Die ganze Vorlage wird gegen die Deutschnationalen und Kommunisten endgültig angenommen, ebenso die dazugehörige Änderung des Bankgesetzes.

Die dann folgende Schlussbestimmung über das Reichspostfinanzgesetz ergibt die Annahme mit der dazu und nach der Reichsverfassung erforderlichen Zweidrittelmehrheit.

Dann wird der Notetat in der Schlussbestimmung angenommen.

#### Anträge

Es folgt der Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen und Bayerischen Volkspartei zur Ergänzung des Gesetzes über die Entschädigung der Reichstagsmitglieder. Danach sollen die Abgeordneten bis zur Neuwahl die Freifahrkarten behalten. Der Präsident und seine Stellvertreter sowie die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und des Überwachungs Ausschusses sollen die Diäten weiter beziehen bis zum Schluss des Monats, indem der Reichstag zusammentritt.

Abg. von Graefe (Deutsch-Röhl.) regt an, der Reichstag möge bis zur Neuwahl die Möglichkeit haben, bei wichtigen politischen Ereignissen zusammenzutreten (Geiterkeit). Wenn das nicht beabsichtigt sei, dann möge er auch auf die Freifahrkarten verzichten, die doch schließlich ein Schwanzstück der Diäten sind.

Der Antrag der Mittelparteien wird gegen die Deutschnationalen angenommen.

Abg. Merk (Bayr. Sp.) begründet hierauf einen Antrag, die Neuwahl auf Samstag, den 12. April, zu verlegen, diesen Tag zu einem öffentlichen Feiertag zu erklären und die Arbeitgeber zur Fortzahlung des Lohnes an diesem Tage zu verpflichten.

Reichsinnenminister Dr. Jarres wendet sich gegen den Antrag. Er würde der Wirtschaft 40 bis 50 Goldmillionen für den Lohnersatz entziehen und auch wegen der Verhältnisse im besetzten Gebiet ungewiss sein.

Abg. Sölkmann (Soz.) erklärt sich gleichfalls gegen den Antrag.

Der Antrag wird gegen die Antragsteller und die Deutschnationalen abgelehnt, der Antrag der bürgerlichen Parteien über Einschränkung der Wahlversammlungen während der Osterzeit gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Präsident Loebe stellt dazu fest, daß nur eine einfache Mehrheit vorhanden war. Das sei wichtig für den Fall, daß der Antrag als verfassungsändernd angesehen wird.

Ein Antrag der Deutschnationalen, bei der Festsetzung des Wahltages möge auf die christlichen Festzeiten gebührende Rücksicht genommen werden, wird einstimmig angenommen.

Als der Präsident die Beratung der zu den Regierungsverordnungen gestellten Anträge auftritt, nimmt

#### Reichskanzler Dr. Marx

das Wort.  
In meiner Rede vom 26. Februar habe ich über die Absichten und Ziele der Regierung durchaus klare Angaben gemacht. Ich habe darauf hingewiesen, daß es sich bei der ungemessen schwierigen Lage in Staat und Wirtschaft auszuwirken nur darum handeln könne, das Leben der Nation zu retten. Dazu ist uns das Ermächtigungsgesetz vom Reichstag gegeben worden und im Dienste dieses hohen Ziels hat die Reichsregierung die ihr erteilten Vollmachten ausgeübt. Sie ist nach wie vor der Überzeugung, daß die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen ein einheitliches Ganzes darstellen und daß ohne Gefährdung der Ziele kein wichtiger Teil herausgehoben werden kann. Bei den wochenlangen Erörterungen im Hause wurde im einzelnen dargelegt, daß eine ganze Reihe dieser Verordnungen besonders die Arbeitszeitverordnungen nur in der gegenwärtigen besonderen Lage begründet erscheint und nur eine Notmaßnahme darstellt, die unbedingt einer ordentlichen Gesetzgebung Platz machen muß. Das soll auch geschehen, sobald sich die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands gefestigt hat. Bis dahin darf das Werk der Regierung nicht gefährdet werden. Dessen ungeachtet sind seitens verschiedener Parteien zahlreiche Anträge auf Aufhebung oder Änderung von Verordnungen gestellt worden.

Das erachtet die Reichsregierung zurzeit als unerträglich und geeignet, die mühsam zustandekommene Festigung unserer inneren Verhältnisse erneut zu erschüttern. Das ungehinderte und rechtzeitige Eingehen der Steuern, auf denen der Bestand des Reiches gerade jetzt beruht, ist nicht gewährleistet, wenn eine Veränderung der Steuerordnungen auch nur in den Bereich der Möglichkeit gerückt wird. Die Regierung muß deshalb verlangen, daß jede Einzelberatung über die Anträge im Plenum unbedingt vermieden wird. Die Parteien der Opposition verlangen aber ausdrücklich, alle von ihnen gestellten Anträge sofort zur Entscheidung zu bringen.

Angeht es dieser Sachlage kann die Regierung eine weitere Verhandlung der nach ihrer Auffassung für das Volk lebenswichtigen Fragen hier nicht mehr zulassen. Sie hält sich vielmehr für verpflichtet, die Entscheidung des Volkes jetzt anzurufen. Das deutsche Volk muß sich jetzt entscheiden, ob es den Weg der Pflichten- und Verantwortung weitergehen will, zu dem Ziel, unsere bedrückten Brüder am Rhein, Ruhr und Saar wieder mit uns zu vereinen und Deutschland freizumachen, oder ob es sich an haltlosen und billigen Versprechungen berufen und sich in Zweifeln zerreißen und sich in das Verzeihen will.

Die Aufrechterhaltung gesicherter Verhältnisse in Deutschland ist auch die erste Voraussetzung dafür, daß die deutsche Regierung das Lebensrecht des deutschen Volkes bei den bevorstehenden außenpolitischen Entscheidungen wahrhaftig wahrhaftig im Bewußtsein ihrer Verantwortung für Volk und Geschichte, aber auch in voller Freiheit des Entschlusses gegenübersteht. Damit in dieser Lage das Volk entscheiden kann, hat die Reichsregierung beim Herrn Reichspräsidenten den Antrag auf Auflösung des Reichstags gestellt.

Diesem Antrag hat der Herr Reichspräsident durch folgende Verordnung entsprochen, die ich die Ehre habe, dem hohen Hause zu verlesen:

Nachdem die Reichsregierung festgestellt hat, daß ihr Verlangen, die auf Grund der Ermächtigungsgesetze vom 13. Oktober und 8. Dezember 1924 (Reichsgesetzblatt I, Seite 943 und 1179) ergangenen und von ihr als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen zurzeit unverändert fortbestehen zu lassen, nicht die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags findet, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Berlin, den 13. März 1924.

Der Reichspräsident: Ebert.

Der Reichskanzler: Dr. Marx.

(Die Kanzlerrede wurde wiederholt von den Kommunisten und vom Abg. Ledebour mit lauten Zwischenrufen unterbrochen. Das will ein parlamentarischer Kanzler sein! Das ist eine Annäherung!)

Die Verlesung der Auflösungsverordnung wird von der Rechten mit Beifall aufgenommen. Von den Kommunisten wird gerufen: „Ach Krise von Gottes Gnaden.“

Präsident Loebe: Nach dieser Mitteilung ist unsere Aufgabe abgeschlossen.

Abg. Lehrenbach (Zentr.) würdigt hierauf in Worten der Anerkennung Verehrung und des Dankes die objektive Amtsführung des Reichspräsidenten Loebe. Auf allen Seiten des Hauses wurde diese Dankrede mit lebhaftem Beifall begleitet.

Präsident Loebe dankt in seiner Antwort den Dank auf die Mitglieder des Präsidiums und die Beamten des Reichstags aus. Er warf einen kurzen Rückblick auf die Arbeiten des Reichstags und sprach den Wunsch aus, daß das deutsche Volk bei den Wahlen unbehindert durch äußere oder innere Gewalt frei seinem Willen Ausdruck geben könne. Der Präsident schloß mit einem Hoch auf das deutsche Volk und die Deutsche Republik, in das im Hause und auf den Tribünen eingestimmt wurde.

Um 4 Uhr war die Sitzung beendet.

## Weniger Milch!

Von A. Kemmele, Minister des Innern

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“ Dem geschäftsführenden Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer, Herrn Direktor Dr. Karl Müller, widme ich diesen Spruch für seine neueste Leistung in der Presse. (Siehe Karlsruher Tagblatt, Badische Presse usw.) Was ist nicht in den letzten 5 Jahren an Streit und Zank um die Landwirtschaftskammer in der Öffentlichkeit bekannt geworden? Mehr wie einmal mußte der Minister des Innern Frieden stiften und mehr denn einmal war der geschäftsführende Direktor der Landwirtschaftskammer selbst mit seinem Vorstand so in Differenzen geraten, daß ein weiteres Zusammenarbeiten kaum noch für möglich gehalten wurde. Nun scheint wieder Beträglichkeit zu herrschen. Grund genug also, nach anderen Kräfteobjekten zu suchen. Zur Abwechslung ist das Ministerium des Innern als solches auserwählt. Weil es in der Frage der Zuständigkeit der Staatsverwaltung für die Großtierzucht und die Milchproduktion nicht der Auffassung der Landwirtschaftskammer beitrifft, deswegen unmaßgeblicher Kampf und deswegen der Appell an die Verbänderschaft gegen die „verzopfte Regierung!“

Die Schwierigkeiten der Milchversorgung, die während der Kriegs- und Nachkriegsjahre allerorten Platz gegriffen haben, lassen selbstverständlich die Anwendung aller Maßnahmen als geboten erscheinen, die geeignet sind, die Milchherzeugung zu steigern. Neben der Steigerung der Kraftfuttermittel des Futterbaues und der Einfuhr von Kraftfuttermitteln geht hierzu insbesondere die individuelle Fütterungsmethode, die sich mit Hilfe von Milchleistungsprüfungen einrichten und regulieren läßt. Die individuelle Milchfütterung und Milchhygiene ist dort von größerem Erfolg begleitet, wo die Milchkuh nicht gleichzeitig auch als Spanntier benutzt wird oder wo es dem Bauern darauf ankommt, für den Verkauf der Kuh als Fleischstier noch eine große Gewichtsziffer herauszubekommen. Nach den statistischen Ziffern vom Jahr 1907 stehen 12,87 Proz. des gesamten Rindviehbestandes in den Pargellenbetrieben, 37,92 Proz. in Kleinbäuerlichen Betrieben, 42,33 Proz. in mittelbäuerlichen Betrieben, 5,78 Proz. in großbäuerlichen Betrieben und 0,56 Proz. in Großbetrieben.

Bekanntermassen haben gerade die Großbetriebe und die großbäuerlichen Betriebe während des Krieges die Milchviehhaltung wegen Unrentabilität aufgegeben, so daß naturgemäß eine der ersten Aufgaben sein muß, die Großbetriebe und die großbäuerlichen Betriebe wieder auf Milchviehhaltung einzustellen. Ohne die Nachweise einer Rentabilität der Milchviehhaltung ist in dieser Richtung ein Fortschritt nicht zu erzielen. Graf Douglas hat sich ein Verdienst erworben, indem er zunächst selbst anfang, die Milchviehhaltung zu steigern und indem er weiterhin im Verein mit einigen Großbetriebern seiner Nachbarschaft einen Milchleistungskontrollverein organisierte, in welchem ein aus Schweden geholter Sachverständiger die Fütterungsberatung und die Beratung für die Tierpflege in die Wege zu leiten hatte. Graf Douglas hat nun angeregt, diese seine Milchviehhaltungsmethode auch in den Gütern der Landwirtschaftskammer einzuführen und durch die Landwirtschaftskammer im ganzen Land Milchleistungskontrollvereine gründen zu lassen.

Das Ministerium des Innern hat auf eine von der Landwirtschaftskammer gestellte Anfrage erklärt, es stehe dem gar nichts im Wege, wenn die Viehhalter sich zum Zwecke der Vornahme von Milchleistungsprüfungen zu Kontrollvereinen zusammenschließen. Im Hinblick auf § 2 Ziffer 1 des Landwirtschaftskammergesetzes aber muß das Ministerium Wert darauf legen, soweit solche Vereine einer organisationsmäßigen Hilfe bedürften, daß diese Hilfe das Ministerium des Innern zu leisten hat und zwar deswegen, weil die Gefahr sehr nahe liegt, daß die Landwirtschaftskammer ohne vorherige gesetzliche Regelung auf diesem Weg in ein dem Ministerium des Innern zuständiges Arbeitsgebiet einbricht. Wer die Arbeitsmethode und die Veranlagung des Direktors der Landwirtschaftskammer kennt, wird mit mir der Meinung sein, daß es ein berechtigter Akt der Vorsicht ist, die Trennungslinien zwischen staatlicher Landwirtschaftspflege und Zuständigkeit der Landwirtschaftskammer scharf gezogen zu halten, wenn nicht neuen Zwiffligkeiten Tür und Tor geöffnet werden soll.

In dem ministeriellen Schreiben an die Landwirtschaftskammer ist auch gesagt, die Aufgabe, Kontrollvereine zu bilden, obliegt dem Ministerium des Innern. Es hat bereits seit vorigem Jahre die durch den Krieg unterbrochenen absoluten Milchleistungsprüfungen wieder organisiert und es ist soeben dabei, für die Einführung relativer Milchleistungsprüfungen die Vorarbeiten zu erledigen. Die Viehzüchterverbände in Oberbaden, wo schon im letzten Jahre Stimmung dafür gemacht wurde, sich der Obhut des Ministeriums zu entziehen, haben den Standpunkt eingenommen, daß die Großtierzucht nach jeder Richtung hin der Staat zu pflegen habe, denn er habe ja

auch in den Bezirkstierärzten, Zuchtviehinspektoren und in seinem Verwaltungsapparat die Behelfsmittel hierzu. Allerdings ist der Staat nicht in der Lage, so viele Beamte für die Pflege der Landwirtschaft tätig sein zu lassen, wie das die Landwirtschaftskammer tut, denn er kann ja nicht, wie die Landwirtschaftskammer, wenn die Geldmittel knapp werden, bei einem Dritten um weitere Zuschüsse nachsuchen. Er muß mit den Steuergroßen des Volkes häuslich verfahren, was in diesem speziellen Fall auch gar kein Schaden ist, wie durch die anerkannt guten Leistungen in den oberbadischen Viehzuchtgebieten bewiesen wurde.

Die Landwirtschaftskammer hat dem Landtag einen Antrag unterbreitet, die gesamte Pflege der Landwirtschaft in die Zuständigkeit der Landwirtschaftskammer zu überführen. Dieses machungstüchtige Streben der Landwirtschaftskammer hat einen starken politischen Hintergrund, was die Tatsache beweist, daß dieses Streben nicht nur in Baden, sondern auch in anderen Ländern des Reiches immer wieder den Konflikt zwischen Staatsverwaltung und Landwirtschaftskammer hervorruft. Dierhalb schrieb das Ministerium des Innern auch der Landwirtschaftskammer, sie sei ohne Unterbrechung bestrebt, dem Staat alle Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Förderung der Landwirtschaft zu entziehen, so daß auch aus diesem Grund das Ministerium des Innern genötigt sei, die vertraglich festgelegten Zuständigkeiten streng einzuhalten. Herr Direktor Müller mag also nicht so sehr darauf pochen, daß es der landwirtschaftlichen Berufsvertretung möglich gemacht werden müßte, aus „eigenen Mitteln“ die Milchherzeugung zu heben. Es arbeite ein Jeder im Rahmen seiner Zuständigkeit! Die Landwirtschaftskammer kann ungehindert Milchvieh einstellen, soviel sie will, es steht ihr nichts im Wege, eine intensive Wirtschaftsberatung zu pflegen und es ist auch ihr gutes Recht, wie dasjenige jeder landwirtschaftlichen Organisation, die ideellen Gesichtspunkte einer rentablen Milchwirtschaft durch Wort und Schrift hervorzuheben. Im übrigen aber mag die Landwirtschaftskammer das, was der Staat auf diesem Gebiete organisationsmäßig unternimmt, erst einmal auf seinen Erfolg hin prüfen, ehe sie ihr Verdammungsurteil fällt und ehe der Herr Direktor Müller der landwirtschaftlichen Bevölkerung gegenüber in seinem Artikel von einer „bestimmenden Bevormundung“ spricht und ehe er der Verbraucherbewegung sagt, solche Zustände schreien zum Himmel und die Regierung habe es zu verantworten, wenn die Bevölkerung keine Milch erhalte.

Derartige Redensarten sind hohle Phrasen, die nur bei unorientierten Menschen eine Wirkung ausüben können. Sie sind aber auch ungehörige Grobheiten, die eine unumkehrbare Förderung der Pflege eines guten Verhältnisses zwischen Staat und Landwirtschaftskammer herbeizuführen werden.

## Der Deutsche Industrie- und Handelsstag

trat in Berlin zu seiner 43. Vollversammlung zusammen. Dabei hielt Reichskanzler Marx eine Rede, in der er auf die Notwendigkeit des Zusammengehens von Staat und Wirtschaft hinwies.

Von der Seite der Staatsfinanzen allein könne die Gesundung nicht kommen. Notwendig sei auch eine gesteigerte Produktion der Wirtschaft und Wiederherstellung normaler Verhältnisse. Nach weiterer schwere Opfer stehen uns bevor, Opfer in der Reparationsfrage. Die Reparationen müssen festgesetzt werden und die wirtschaftlichen Entnungen für die deutsche Industrie im Ausland befristet werden. Im Innern muß uns beherrschender der unerbittliche Glaube an die Zukunft des deutschen Volkes. Wir müssen da einen klaren Willen zeigen und einmütig in allen Stämmen, Parteien und Berufsklassen sein. Wir müssen dem Ausland das Bild eines einigen und trotz seiner Waffenlosigkeit starken und großen Volkes bieten. Das deutsche Los der heute lebenden Generation ist ein hartes Los der Arbeit. Wir brauchen den Frieden der Arbeit, nicht den Nachfrieden der Unterdrückung des Einen durch den Andern, sondern den inneren Frieden der verständnisvollen Zusammenarbeit.

Reichsfinanzminister Hamm erklärte, die nächste Zeit werde zwar nicht Glück und Befagen, aber die Voraussetzung für jeden Aufstieg bringen; die Wahrheit. Goldbilanzen würden hoffentlich auch den Goldgehalt der Wahrheit bringen. Vom Staate werde eine neue Inflation nicht über die Wirtschaft kommen; für politische Ruhe und Festigkeit und Herrschaft der Inflation werde die Reichsregierung sorgen. Das werde sie umso mehr können, je besser die Wahrung des Friedens nur bestehen könne, wenn sozialer Frieden aus der Einsicht der Erkenntnis und dem Verständnis der Volksgenossen erwachse. Billige Preise sind notwendig. In unseren heutigen Preisen stehe zwar eine Wertenerhöhung, aber auch eine gewisse unvermeidbare Inflation. Nicht durchweg und überall ist jedoch der Stand der Preise erreicht den die Rücksicht auf die Wahrung und die Wirtschaft, auf Volk und Staat notwendig macht. Die gegenwärtige Kaufkraft quillt nicht immer aus innerer Kaufkraft. Sie ist zum Teil eine eingebildete Kaufkraft. Unsere Außenhandelsbilanz weist im Januar wieder einen gewaltigen Rückschlag auf, eine Steigerung der Einfuhr, aber nicht an Rohstoffen und Halbzeugen, sondern an Fertigwaren, an Lebensmitteln und Genussmitteln. Auf die Dauer können wir uns eine solche Handelsbilanz nicht erlauben. Mit Einfuhrverboten kommt man dagegen nicht auf. Man kann sie nur regeln auf der Einsicht des Volkes und der Wirtschaft selbst. Wir kommen auch leichter wieder vorwärts, wenn wir Kredite aus eigenen erparten Vermögen nehmen können. Darum müssen wir den Spartrieb fördern. Die gegenwärtige Krise ist keine Krise der Gesundheit, weil die Wunde noch nicht geschlossen ist.

Einstimmig wurde eine Entschliessung über die währungs- politischen Fragen angenommen: Es wird die Errichtung der Deutschen Golddiskontbank begrüßt als ein wirksames Mittel, um ausländisches Kapital zur Förderung des deutschen Wirtschaftslebens, namentlich seines Verkehrs mit dem Ausland, heranzuziehen, und inländische, in fremden Zahlungsmitteln angelegte Gelder für die gleichen Zwecke wieder wirksam zu machen. An der engen Verzögerung der Notenausgabe erblickt der Deutsche Industrie- und Handelsstag eine Sicherung gegen inflationäre Wirkungen. Er empfiehlt allen Wirtschaftskreisen Unterstützung der Golddiskontbank in der Abgrenzung, daß hier ein Weg gegeben ist zur Wahrung der herrschenden, Handel und Verkehr läbendenden Kreditnot durch Steigerung des Beschäftigungsgrades von Industrie, Gewerbe und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.



Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Der Werttarif der Walderzeugnisse vom 1. September 1914 ...

Der Landesdurchschnittswert von drei Ster Buchenheitsholz ...

Diese Bestimmungen treten am Tage nach ihrer Veröffentlichung ...

Karlsruhe, den 7. März 1924.

Ministerium der Finanzen - Fortabteilung. Philipp

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Wachmeister Christian Steudinger in Forzheim zum planmäßigen ...

Berufen:

Verwaltungsobersekretär Richard Kepner zum Bezirksamt ...

In den Ruhestand versetzt:

Verwaltungsoberinspektor Georg Eisenhauer beim Bezirksamt ...

In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Ministerialoberrechnungsrat Georg Müller beim Ministerium ...

In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Werm.-Oberinspektor Karl Kretzler beim Bezirksamt ...

Kraft Gesetzes in den Ruhestand übergetreten:

Amtsgehilfe Andreas Dienemann beim Bezirksamt Engen.

Justizministerium

Ernannt:

Oberamtsrichter August Straub in Wolfach zum Landgerichtsamt ...

Berufen:

die Oberamtsrichter Oskar Graf in Mannheim nach Heidelberg ...

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Berufen:

dem Privatdozenten Regierungsbaumeister Dr. Ing. Otto ...

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Direktor Oskar Spatz am Gymnasium in Laß.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Anton Winterschäfer, Direktor der Kaufmannschaft ...

Ministerium der Finanzen

In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Finanzoberinspektor Theodor Spengler bei der Staatschuldenverwaltung ...

Heister und Orgel unter Leitung des Musikdirektors W. Eiffler ...

Kurze Nachrichten aus Baden

Badisches Kreisturnfest 1924. Die Abhaltung des diesjährigen ...

DZ. Mannheim, 13. März. Die Direktion der Gemischten ...

Vochstetten, 12. März. Der Landwirtschaftliche Bezirksverein ...

DZ. Saig, 13. März. Unter überaus zahlreicher Beteiligung ...

DZ. Bärach, 13. März. Wie ein Wasserfall berichtet, soll der ...

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for city (Amsterdam, London, Paris, etc.), date (14. März, 13. März), and exchange rates.

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung ...

Karlsruher Börse. (12. März 1924.) Abteilung Getreide, ...

21 bis 22, Weizenmehl Mühlenforderung 28,25, Weizenmehl ...

Weinversteigerung des badischen Winzerverbandes in Freiburg ...

Tagung der Süddeutschen Immobilienmakler. In Frankfurt a. M. ...

Transitverkehr durch das besetzte Gebiet. Nach einer Mitteilung ...

Die Indurruben- und Kartoffelernte 1923. Das internationale ...

Advertisement for Volkssingakademie Karlsruhe, featuring Columbus and Metallbetten.

Advertisement for Die Erneuerung der Lose, Preussisch-Süddeutsch. Klassenlotterie.

Advertisement for Badisches Landestheater, featuring Der Blaufuchs.

Advertisement for B.V.B. Nr. 6401-6900, listing various lottery tickets and prizes.

Advertisement for Ausgewählte Lesestücke zum Studium der polit. Ökonomie, listing various books.

Junge Leute die zur See fahren wollen, erhält nur schriftl. Auskunft u. Nat. ...

Druck G. Braun, Karlsruhe